

(Präsident.)

(A) (Nr. 1135.) Desgleichen über die Petition der Städte Reichenbach, Eibenstock und Johannegeorgenstadt und der Gemeinden Bärenwalde, Hauptmannsgrün, Hundshübel, Obercrinitz, Röthenbach, Stangengrün, Wildenau, Wildenthal und der Gutsherrschaft Rothenkirchen, die Erbauung einer Hauptbahn von Reichenbach oberer Bahnhof nach Eibenstock und Johannegeorgenstadt betr.

Präsident: Zu den Akten.

(Nr. 1136.) Desgleichen über die Petition 1. des Komitees für den Bau einer Eisenbahn durch das Bahrtal und Genossen und 2. des Stadtgemeinderats zu Gottleuba nebst Anschließpetitionen um Weiterführung der Linie Pirna-Gottleuba bis zur Landesgrenze.

Präsident: An die Finanzdeputation B zur Ausfertigung der Ständischen Schrift abzugeben.

(Nr. 1137.) Desgleichen über die Petition der Pappfabrik Zimmritz-Steina und Genossen um Errichtung einer Güterladestelle an der Linie Dresden-Döbeln-Leipzig zwischen Döbeln und Westewitz auf Flur des Rittergutes Schweta.

Präsident: Ebenfalls an die Finanzdeputation B zur Ausfertigung der Ständischen Schrift abzugeben.

(Nr. 1138.) Desgleichen über die Petition des Spediteurs Gustav Friedrich Lorenz in Olbernhau, Zurückgewährung angeblich zuviel gezahlter Einkommensteuer betr.

Präsident: Zu den Akten.

(Nr. 1139.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition des Heinrich Eduard Blechschmidt in Böhla um Erhöhung seiner Rente oder um Gewährung einer Entschädigung.

Präsident: Zu den Akten.

(Nr. 1140.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Kap. 104 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats auf die Finanzperiode 1910/11, Finanzielles Verhältnis Sachsens zum Reiche betr.

(Nr. 1141.) Desgleichen über Kap. 105 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1910/11, Reichstagswahlen betr.

(Nr. 1142.) Desgleichen über Kap. 106 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1910/11, Vertretung Sachsens im Bundesrate betr.

(Nr. 1143.) Bericht der Rechenschaftsdeputation über das Königl. Dekret Nr. 16, den Bericht über die Verwaltung der Landes-Brandversicherungsanstalt in den Jahren 1906 und 1907 betr.

(Nr. 1144.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Tit. 13 des Kap. 44 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1910/11, Akademie der bildenden Künste zu Dresden betr.

(Nr. 1145.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des vormaligen Finanz-Rechnungsinspektors Hermann Wolf in Dresden, die Gewährung einer laufenden Unterstützung betr.

Präsident: Sämtliche sechs Anträge und Berichte kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Entschuldigt sind für heute Herr Abg. Dr. Rudolph wegen Krankheit am Orte, Herr Abg. Dr. Schanz wegen eines Familienfestes.

Wir treten in die Tagesordnung ein: 1. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 102 und 103 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1910/11, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und Gesandtschaften betreffend. (Drucksache Nr. 468.)

Berichterstatter Herr Abg. Dr. Hähnel.

Die Kammer ist damit einverstanden, daß wir beide Kapitel zugleich behandeln. Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Hähnel: Meine Herren! Bei Kap. 102 haben Personalveränderungen, d. h. Vermehrungen nicht stattgefunden. Die höheren Einstellungen, die Sie namentlich in Tit. 2 und Tit. 5 a finden, beruhen auf den Bestimmungen in der Besoldungsordnung. Zu 5 a liegt außerdem ein vollständiges Verzeichnis über die Gewährung der Wohnungsgeldzuschüsse vor.

Die Majorität der Deputation beantragt, die Einstellungen, wie sie im Etat erfolgt sind, zu bewilligen. Nur eine Minorität, bestehend aus den Mitgliedern der äußersten Linken, ist gegen diese Einstellungen.

Bezüglich des Kap. 103 haben in der Deputation ausführliche Besprechungen stattgefunden, bei welchen sämtliche Fraktionen des hohen Hauses meist durch ihre Vorsitzenden vertreten waren. Es ist deshalb vorzusetzen, daß das, was in der Deputation verhandelt worden ist, auch zur Kenntnis der Fraktionen und damit der Mitglieder überhaupt gelangt ist.

Was den Verlauf der Verhandlungen anlangt, so ist eine Einstimmigkeit für die Bewilligung nicht erzielt worden. Es haben sich die Mitglieder der äußersten Linken überhaupt gegen die Bewilligung erklärt; eine von den anderen Mitgliedern der Deputation gebildete Majorität hat sich dann einhellig für die Bewilligung in Tit. 1 erklärt, dagegen hat sich